

## ***9. Landestreffen der Bibliotheken Mecklenburg-Vorpommern Schwerin 12.11.2005***

### **Open Access: Archivierung und Anbietungspflicht. Zur Neuausrichtung des Informations- und Publikationssystems der deutschen Hochschulen und Hochschulbibliotheken**

Dr. Jürgen Heeg  
Universitätsbibliothek Rostock

Die erfolgreiche Profilbildung der Hochschulen wird sich zukünftig noch stärker als bislang an ihren Informationsinfrastrukturen erkennen lassen. Die Quantität und Qualität digitaler Informationsmöglichkeiten tritt als Gradmesser neben die Informationsversorgung mit Printmedien und wird zu einem wichtigen Maßstab für die nationale und internationale Konkurrenzfähigkeit. Der elektronischen Bereitstellung von Forschungsergebnissen kommt hierbei eine wachsende Bedeutung zu. Eine wichtige Voraussetzung ist der offene Zugang zu wissenschaftlichen Forschungsergebnissen. Der durch elektronische Publikationsmöglichkeiten hervorgerufene Wandel in der Publikationspraxis darf nicht zu digitalen Barrieren führen, die den Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen be- oder verhindern. Mit der „Berliner Erklärung über offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen“ vom 22. Oktober 2003 haben alle großen deutschen Wissenschafts- und Forschungsorganisationen nachhaltig den uneingeschränkten öffentlichen Zugang zu elektronischen wissenschaftlichen Publikationen gefordert und im Rahmen ihres Verantwortungsbereiches aktive Unterstützung zur Verwirklichung des „open access“ zugesichert. Diese Position wurde in der „Göttinger

Erklärung“ des Urheberrechtsbündnisses vom 5. Juli 2004 bekräftigt und konkret gefordert, die Möglichkeiten für elektronische Archive zu verbessern sowie zuzulassen, dass öffentlich geförderte wissenschaftliche Einrichtungen digitale Dokumente für den internen Gebrauch elektronisch archivieren dürfen. Die verbreitete Praxis der Wissenschaftsverlage und die Bereitschaft der Wissenschaftler, die exklusive Rechteübertragung einzufordern und einzuräumen, sind mit „Open Access“ nicht zu vereinbaren.

Ein stärkeres Bewusstsein der Hochschulleitungen für die Bedeutung der Informationsinfrastrukturen und eine engere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern, Bibliothekaren und Vertretern von Rechenzentren sind zentrale Voraussetzungen für die konsequente Nutzung elektronischer Kommunikations- und Publikationsmöglichkeiten. Die hohe Eigendynamik des Prozesses zu einer Neuausrichtung des Informations- und Publikationswesens wird durch die Vielzahl der mitwirkenden Partner noch verstärkt. Für die Hochschulen gilt es, sich in der Wertschöpfungskette des wissenschaftlichen Publizierens neu zu positionieren.

Globale Vernetzung der Hochschulschriftenserver und Integration in die lokalen, regionalen und fachlichen Informationsangebote werden entscheidend für die Akzeptanz dieser Informationsangebote sein. Das nun in aller Munde befindliche Schlagwort „e-Science“ (enhanced science) beschreibt neue Formen wissenschaftlicher Arbeitsweisen, die durch kooperative, vernetzte Wissensgenerierung, umfassende wissenschaftliche Kommunikation und gemeinsame Nutzung physikalisch verteilter Ressourcen charakterisiert sind und durch IuK-

Technologien ermöglicht werden. Wissen ist nicht mehr das individuelle, mentale Gedankengut, sondern vielmehr ein globales, vernetztes Wissen, auf das jederzeit zugegriffen werden kann. e-Science kann in allen Wissenschaftsdisziplinen aufgenommen und praktiziert werden. Wissenschaftsrelevante Information ist mehr als klassische Fachinformation. Der Umschlag von Wissen hat heute kürzere Halbwertszeiten. Hinzu kommt Wissen, das bereits während des Wissensgenerierungsprozesses entsteht (gegenüber dem Wissen als Endprodukt): wird kommuniziert durch Mailinglisten, Weblogs, Wiki's, Repositorien, Artikel, Forschungsberichte, auf Webseiten von Autoren/Fakultäten, Forschergruppen etc. Kooperative Wissensgenerierung in einer vernetzten Welt erfordert integriertes Publizieren unterschiedlicher Medien („Compound Publications“), eine Erweiterung der wissenschaftlichen Kommunikation über das traditionelle Publizieren hinaus, das auf der Veröffentlichung von Endergebnissen beruht. Als Beispiel sei hier der Historiker genannt, der in seine geschichtliche Schilderung digitale geographische Karten integriert, die vektorisiert Informationen zu ausgewählten Punkten liefern, angereichert durch Sprachaufzeichnungen zu einzelnen Regionen des Linguisten und durch Filme von Kunsthistorikern und Ethnologen über die Entstehung von Bauwerken.

Dabei muss der Wissenschaftler im Mittelpunkt der Überlegungen stehen, ob als Autor, der einen Mehrwert erkennen will, wenn er auf dem eigenen institutionellen Server publiziert oder der Wissenschaftler als Nutzer, der das neue Informationsangebot als gleichberechtigte Informationsquelle annimmt. Kooperationen zwischen Hochschulen und ihren Bibliotheken auf nationaler und internationaler Ebene können

einen wesentlichen Schritt dazu leisten, diese Publikationsserver im jeweiligen lokalen Angebot zu integrieren und damit sichtbar zu machen. Bibliotheken können so eine wesentliche Rolle beim „Vermarkten“ der wissenschaftlichen Erzeugnisse ihrer Universitäten spielen.

Im Bereich des wissenschaftlichen Publikationswesens sind Fehlentwicklungen entstanden. In Verbindung mit dem derzeitigen Bewertungssystem (Impact Factor) können Verlage für Zeitschriften mit hohem Renommee praktisch jeden Preis fordern. Die Autoren sind durch die herrschende Evaluationspraxis im wissenschaftlichen Umfeld gezwungen, immer mehr zu publizieren und dies in möglichst renommierten Zeitschriften: junge Wissenschaftler sind im Interesse ihrer weiteren Entwicklung gezwungen, in hoch bewerteten Zeitschriften zu veröffentlichen, für renommierte Wissenschaftler ist die Mitarbeit im Herausgebergremium eine Angelegenheit des Prestiges. Die Universitäten und ihre Bibliotheken wiederum sind aufgrund der stetig sinkenden Finanzierungsmöglichkeiten der Unterhaltsträger mit eingefrorenen Budgets konfrontiert. Und nicht nur das: die finanzielle Unterversorgung des deutschen Bibliothekswesens ist als durchgängige Struktur festzustellen.

Damit entsteht folgende Situation:

- Der Staat alimentiert als Arbeitgeber die Professorenschaft unter Einschluss weit reichender Zusatzleistungen (Freisemester, Nebentätigkeiten). Er trägt die Kosten für das weitere Personal (Sekretariat, Assistenten, Labor etc.) und unterhält die notwendige Infrastruktur.

- Staat und Hochschulen haben ein Interesse daran, dass möglichst gute Veröffentlichungen als Ausdruck qualitativ hochwertiger Forschung entstehen. An den im Dienst entstandenen Werken der wissenschaftlichen Mitarbeiter erwirbt der Arbeitgeber keine urheberrechtlichen Nutzungsrechte.
- Die Professoren veröffentlichen wissenschaftliche Artikel in Zeitschriften, teilweise für Honorar. Die Hochschule/Bibliothek erwirbt die entsprechenden Zeitschriften.
- Der Staat zahlt dafür, dass die Werke in den Bibliotheken genutzt werden können, Lizenzgebühren an die Urheberrechtsgesellschaften.

Somit kommt es zu dem Paradoxon, dass einerseits vom Staat finanzierte Wissenschaftler ihre Verwertungsrechte an Verleger abgeben und Verleger darüber hinaus das von der Wissenschaft kostenlos zur Verfügung gestellte Refereesystem nutzen, aber andererseits die Bibliotheken als staatliche Einrichtungen diese Veröffentlichungen zu hohen Preisen erwerben müssen. Die Wissenschaftler sind sich der Problematik dieses Veränderungsprozesses nur teilweise bewusst und finden sich in einer zwiespältigen Rolle. Sie sind auf das Publizieren in renommierten Zeitschriften für ihre Karriereplanung angewiesen. Die Preissteigerungen der Zeitschriften bemerken sie in der Regel nur an den konsekutiven Abbestellungen in den Bibliotheken, zumal die Preispolitik vieler Verlage die wirkliche Preisentwicklung verschleiert. Zudem finden sich die Bibliotheken derzeit in der unangenehmen Situation, dass sie durch ihre Zeitschriftenabonnements den Verlagen die Mittel beschaffen, die diese benutzen, um die Bibliotheken im elektronischen Publikationsprozess zu eliminieren.

Die Anforderungen von Wissenschaftlern lassen sich folgendermaßen skizzieren:

- Umfassende Verwaltung und Bereitstellung aller wissenschaftsrelevanten Informationen, unabhängig von Typ und Format
- Für Printmaterialien zusätzliche Bereitstellung in digitaler Form
- Kostengünstiger bzw. freier Zugriff
- Schnelle Datenübertragung
- Dauerhafter Zugang
- Integrierte, fach- oder themenspezifische Suche, aus verschiedensten Arbeitsprogrammen und –Umgebungen der Wissenschaftler
- Einfache Import- und Exportmöglichkeiten (Erweiterung, Austausch)

Für Publikations- oder Hochschulschriftenserver ist es daher wichtig, die Qualität, Quantität und Nutzung der auf Ihnen enthaltenen Dokumente zu verbessern. Möglichst alle Wissenschaftler der Hochschulen sollten ihre zur Veröffentlichung anstehenden Beiträge auf dem Server ihrer Hochschule zugänglich machen. Dazu sind Anreize für die Wissenschaftler zu schaffen, damit Veröffentlichungen auf den Servern an Attraktivität gewinnen.

Die Empfehlungen von KMK und HRK richten sich im Wesentlichen an die Betreiber von Publikations- und Hochschulschriftenservern. Deren Aktivität sollte jedoch vom Gesetzgeber, von Hochschulverwaltungen und von Fördereinrichtungen unterstützt werden. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft sollte bei allen geförderten Forschungsprojekten die Publikation auf einem Hochschulschriftenserver bzw. einem fachlich ausgerichteten Server zur Bedingung machen. Die Hochschulen sollten ihrerseits die Vergabe von

Druckkostenzuschüssen überprüfen. Die Ministerien sollten den Ausbau von Hochschulschriftenservern in Zielvereinbarungen mit Hochschulen übernehmen bzw. entsprechende rechtliche Grundlagen hierfür schaffen. Ein Beispiel hierfür ist das neue Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt von 2004. Es sieht vor, dass Publikationen der Hochschulen und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in geeigneter Weise auch in elektronischer Form über das Internet (Hochschulschriften-Server) zu präsentieren sind. Damit sind erstmals Empfehlungen der HRK umgesetzt worden. Weiterhin enthält das Hochschulgesetz Sachsen-Anhalts konkrete Bestimmungen zur Arbeit der wissenschaftlichen Bibliotheken. In § 100 werden die Hochschulen angehalten, ein koordiniertes Bibliotheks- und Informationsmanagement sicherzustellen. Somit sollen innerhalb der vorgegebenen übergreifenden gesetzlichen Regelungen die Rahmenbedingungen für eine umfassende Informationsversorgung gewährleistet werden.

Die Hochschulbibliotheken können bei der Vermittlung und Wahrnehmung der genannten Mehrwerte neuer Publikationsstrukturen nur unterstützend tätig werden. Entscheidend ist die Akzeptanz durch die Wissenschaftler und die Tragfähigkeit der eingesetzten Modelle. Nur mit der Unterstützung seitens der Hochschulen und des Engagements der Wissenschaftler selbst sind Veränderungen zu erreichen. Je mehr Wissen und die Nutzung von Informationen an gesellschaftspolitischer Bedeutung gewinnen, um so lauter wird die Politik aufgerufen, eine flächendeckende Infrastruktur sicherzustellen, da hierdurch lebenslanges Lernen sowie Medien- und Informationskompetenz nachhaltig implementiert werden können. Die moderne Bibliothek und ihre zukünftigen Aufgaben stellt eine Herausforderung für alle mittelbar und

unmittelbar Beteiligten dar. Sie ist strategischer Teil des Wissenschaftsmanagements der Hochschulen, der gemeinschaftlich von Wissenschaftlern, Verwaltungen, Experten in Bibliothek und Rechenzentrum in Partnerschaft mit Verlagen und Wirtschaft geschaffen werden kann und muss. Es gilt also, sowohl auf regionaler als auch auf übergreifender Ebene für einen längeren Zeitraum massive Überzeugungsarbeit für die neuen Formen des elektronischen Publizierens zu leisten.

Die viel zitierte finanzielle Krise im wissenschaftlichen Publikationswesen ist ein erstrangiges und drängendes hochschul- und wissenschaftspolitisches Problem. Sie wird zu einem erheblichen Teil von der Wissenschaft selbst verursacht. In der Vergangenheit wurde die Publikation wissenschaftlicher Ergebnisse an das kommerzielle Verlagswesen übertragen und funktionierte auch leidlich. Die neuen Marktstrategien zur Gewinnmaximierung der Verlage führten vor allem bei den wissenschaftlichen Zeitschriften jedoch zu einer Kostenexplosion. Dadurch entsteht die nicht mehr akzeptable Situation, dass Universitäten ihren Bibliotheken die Zeitschriften, in denen die eigenen Wissenschaftler publizieren, nicht mehr finanzieren können.

Die Abnehmer der Publikationen sind die Wissenschaftler bzw. die Bibliotheken. Spätestens hier erkennt man das Versagen der klassischen Marktmechanismen. Eine Bibliothek kann sich aber nicht nach Marktmechanismen verhalten: sie ist gezwungen, eine Zeitschrift vollständig zu erwerben und auf Dauer vorzuhalten. Damit entfällt das verlegerische Risiko vollkommen, da der Abnehmermarkt garantiert ist.



In einem solchen System kann aber der Lieferant fast jeden Preis fordern und erhält ihn auch, da es keine Alternativen gibt.

Da die zum Erwerb von wissenschaftlichen Publikationen erforderlichen Finanzmittel weitgehend aus der öffentlichen Hand stammen, sind sie begrenzt. Die bisherigen Korrekturmechanismen versagen immer mehr. Dieses Versagen äußert sich zunächst als Preissteigerung. Die Gegenreaktion kann nur über Abbestellungen erfolgen, was dann zu weiteren Preissteigerungen führen muss, solange, bis die bisherige Praxis der Informationsverteilung nicht mehr finanzierbar ist. Nur die finanziell besser ausgestatteten Hochschulen können ihren Mitgliedern – wenn überhaupt noch - den Zugang zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen ermöglichen. Für die Wissenschaft bedeutet dies eine Verlangsamung bzw. Reduzierung des Erkenntnisgewinns dadurch, dass bereits erworbenes Wissen verloren gehen wird, weil es nicht mehr genutzt werden darf. Geht man davon aus, dass das kommerzielle Verlagswesen die Möglichkeiten, die ihm das jetzige relativ neue Urheberrecht bieten wird, auch nutzen wird, so ist für die Wissenschaft ein Ausbruch aus dem kommerziellen Publikationswesen zwingend, damit der Fortschritt nicht gefährdet wird. Das traditionelle Publikationswesen hat so sein Profil gewandelt: die klassischen Zeitschriften dienen damit nur noch zur Qualitätssicherung und zur Archivierung der Ergebnisse in den Bibliotheken.

Die dargestellten Fehlentwicklungen im wissenschaftlichen Publikationswesen zu Lasten der öffentlichen Haushalte lassen sich durchaus korrigieren. Der Schlüssel liegt bei der Wissenschaft selbst, die es in der Hand hat, den zentralen Fehler nicht permanent zu wiederholen,

der bereits einmal gemacht wurde: Urheberrecht und Verwertungsrecht wurden als Synonym angesehen und unwiderruflich den Verlagen übertragen. Damit hat die Wissenschaft den Besitz an den von ihr selbst erarbeiteten Erkenntnissen verloren. Es ist jedoch sicherzustellen, dass Verlage nur noch ein zeitlich befristetes Verwertungsrecht erhalten und das Urheberrecht beim Autor verbleibt. Ein zeitlich befristetes Verwertungsrecht ist für die wirtschaftliche Kalkulation eines Verlages sicherlich notwendig. Durch die Hinterlegung auf einem anerkannten Archivserver, der die Möglichkeit zur Zugriffssperre während der Laufzeit des Verwertungsrechts bietet, wird gleichzeitig die langfristige und von Behinderungen freie Verfügbarkeit der Ergebnisse sichergestellt.

Die KMK schlägt deshalb vor, durch Ergänzung des § 43 des Urheberrechtsgesetz mit einem Absatz 2 den Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu ermöglichen, die im Rahmen ihrer Lehr- und Forschungstätigkeit entstandenen und zur Veröffentlichung vorgesehenen wissenschaftlichen Publikationen der dort Beschäftigten im Wege der Zweitveröffentlichung, etwa zur Einstellung in den eigenen Hochschulserver, nicht kommerziell im Rahmen eines nicht ausschließlichen Nutzungsrechtes zu nutzen.

Zusätzlich sind hierdurch die jeweiligen Unterhaltsträger über sämtliche Publikationen der bei Ihnen Beschäftigten auf eine für die leistungsorientierte Mittelvergabe relevanten Art und Weise informiert und die Arbeit an der Hochschulbibliographie wäre auch bedeutend unkomplizierter.

Mittlerweile haben die Verlage bereits verhalten auf den sich aufbauenden Druck reagiert und selbst Monopolisten wie Elsevier kommen den Autoren entgegen - wenn diese hiervon Kenntnis haben und Rechte einfordern. Leider sind diese Rahmenbedingungen nur den wenigsten Autoren bekannt.

Die aufgezeigten Bedrohungsszenarien, die sich für die Wissenschaft auf Grund eines rein verwertungsorientierten Urheberrechts ergeben, gehen weit über die bisher wahrgenommene so genannte Bibliothekskrise hinaus und erzwingen daher ein Handeln von Seiten der Wissenschaft und der Politik. Die öffentlichen Träger der wissenschaftlichen Bibliotheken haben inzwischen unter dem Eindruck leerer Kassen erkannt, dass es sich lohnt, über neue Publikationsformen nachzudenken. In der Tat ist es so, dass die Universitäten und Forschungseinrichtungen durch Abbestellungen von Zeitschriften an ihren Bibliotheken den Verlagen relativ einfach die wirtschaftliche Grundlage entziehen und so die Kosten für die Informationsversorgung deutlich senken könnten. Dies funktioniert aber nur, wenn sie den Wissenschaftlern Alternativen bieten.

Bisherige Gespräche zwischen Rektorat, Bibliothek und Verlagen haben noch nicht sehr weit geführt. Immerhin haben einige Universitätsleitungen die Problematik der Preisentwicklung bei der Informationsversorgung erkannt und sehen nun die Notwendigkeit zur Schaffung alternativer Publikationsformen. Die Gründung eines Universitätsverlags ist ein möglicher Ansatzpunkt, um den Kreislauf aus steigenden Abonnementkosten und sinkenden Universitätsetats zu durchbrechen - vorausgesetzt, dass er auf Basis von Open Access

elektronisch publiziert. Wenn genügend Universitäten diesem Modell folgen, so können langfristig Kosten gesenkt werden. Bereits in der jetzigen Ausbaustufe der Hochschul-Verlage mit einem hohen Anteil an Dissertationen und Forschungsberichten im Verlagsspektrum ist erhebliches Einsparungspotential vorhanden. Innerhalb der Universität bietet der Verlag die Chance, die Repräsentation der eigenen Forschungsergebnisse zu verbessern und zugleich Ressourcen zu bündeln. Weitere Initiativen in dieser Richtung sind z. B. GAP (German Academic Publishers) oder DIPP (Digital Peer Publishing) von DFG und NRW.

Der Erfolg dieser neuen Strukturen hängt auch sehr stark von der Bereitschaft der Wissenschaftler ab, diese neuen Entwicklungen mit zu tragen und zu unterstützen. Einen wichtigen Beitrag müssen hier die politische Seite und die Unterhaltsträger der Hochschulen liefern. Erst gesetzliche Änderungen, die eine (parallele) Publikationsverpflichtung von Universitätsmitgliedern in hochschulinternen Verlagen regeln, helfen, die neuen Strukturen zum Erfolg zu führen. Der einzelne Wissenschaftler ist angesichts des Drucks, in hochrenommierten Zeitschriften für seine wissenschaftliche Karriere zu publizieren, machtlos, den Teufelskreis aus Preissteigerungen und Abbestellaktionen von Bibliotheken zu durchbrechen. Dies gilt umso mehr für die Bibliotheken.

### **Folgerungen**

- Der Nachfragemarkt der wissenschaftlichen Bibliotheken besteht aus den Produzenten von Wissenschaft. Der Etat der Bibliotheken hält mit

den bei diesen Produzenten zu konstatierenden Steigerungsraten in punkto Forschungsförderung und Forschungsintensität nicht mit. Der teilweise überbezahlte Rückkauf der bereits intensiv mit öffentlichen Geldern geförderten wissenschaftlichen Informationen durch die öffentliche Hand ist Indikator dafür, dass die Finanzkrise der Bibliotheken auch durch strukturelle hochschulrechtliche und förderungspolitische Vorgaben auf dem Nachfragemarkt bedingt ist.

- Wissenschaftliche Zeitschriften sind nicht nur Informationsträger, sie haben einen sozialen Mehrwert, der ganz maßgeblich auch über die wissenschaftliche Reputation, die Karriere, die Höhe von Forschungsgeldern und den akademischen Status ihrer Autoren entscheidet. Das Publikationsverhalten der wissenschaftlichen Nutzer einer Bibliothek wird u.a. durch nur vordergründig immaterielle Überlegungen beeinflusst, die sich gleichwohl zu Lasten der Bibliothek auch in der Höhe der vom Prestigewert der Publikationsform 'Zeitschrift' bestimmten Abonnementskosten niederschlagen.

- Die Bibliotheken haben weder auf die Wissenschaftler als Autoren, noch auf die Anbieter am Informationsmarkt noch auf die Wissenschaftler als Nutzer der wissenschaftlichen Information einen nennenswerten Einfluss. Sie können darauf hinweisen, welche Informationsanbieter die von der wissenschaftlichen Gemeinschaft erarbeiteten Inhalte kostengünstig der Wissenschaftsgemeinschaft zur Verfügung stellen.

- Fördermittel sollen so eingesetzt werden, dass die mit diesen erworbenen Inhalte auf Dauer der Wissenschaft zur Verfügung stehen.

- Die alleinige Forderung nach und die Bereitstellung von „Mehr Geld“ löst die Bibliothekskrise nicht. Sie ändert nicht das Publikationsverhalten der Autoren, die Vertriebsstrategien der Verlage, das Nachfrageverhalten der Nutzer, oder die Informationsvermittlungssusancen der Bibliotheken.
- Der Monopolisierung im Verlagsbereich ist durch den Aufbau alternativer Publikationsmodelle und die Werbung für deren Akzeptanz gegenzusteuern.
- Die Hochschulen bzw. die Gesetzgeber müssen Regelungen schaffen, dass die von ihren Mitarbeitern erarbeiteten Inhalte der wissenschaftlichen Gemeinschaft kostengünstig zur Verfügung gestellt werden können.
- Auf der Ebene der Produzenten von Wissenschaft, der Autoren also, sind über rechtliche Regelungen Verfahren zu entwickeln, die es verhindern, die Nutzungsrechte wissenschaftlicher Arbeiten von vornherein dauerhaft den Verlagen zu übereignen. Die Verfahren zur Bewertung der Qualität von Wissenschaft über den impact factor von Zeitschriften sind zu verändern. Der Status- und Prestigewert der Publikationsform ‘Zeitschrift’ ist durch neue, andere und gleichwertige, aber in geringere Finanzzwänge führende Statussymbole abzulösen.
- Die Neuausrichtung des Informations- und Publikationswesens der deutschen Hochschulen ist nur durch Einbindung aller Beteiligten und nur in einem mittel- und langfristig angelegten Prozess zu erreichen, der

auf Verhaltensänderung zielt und hängt entscheidend von der Innovationsbereitschaft und –intensität der Hochschulen ab.

### **Maßnahmen**

- Interesse wecken bei Hochschulleitungen und einzelnen Wissenschaftlern
- Welchen Nutzen kann die Hochschule als Ganzes haben? (kompatibel zur Unterstützung der HS-Strategie/Attraktivität des Hochschulstandorts für Studierende und Wissenschaftler steigern/ Internationale Sichtbarkeit des Forschungsprofils erhöhen)
- Kontinuierlich mit Wissenschaftlern, Hochschulleitung, Hochschulverwaltung, Fakultäten etc. Gespräche führen, engere Beobachtung von wissenschaftlichen Arbeitsweisen
- Diskussion zwischen den Wissenschaftlern als potentielle Autoren und Fakultäten initiieren und im Gange halten: Unser Thema, d. h. das bibliothekarische Anliegen zum Gesprächsthema der Autoren machen
- Maßnahmenkatalog erarbeiten, abstimmen und nach Prioritätenfestsetzung durchführen
- Gemeinsam Ziele erarbeiten
- Partner (auch professionelle) innerhalb und außerhalb der Universität suchen

- Kooperationen über die Hochschule hinaus schließen
- Marketingaspekte
- Managementaufgabe in der Organisation
- Keine isolierten Lösungen
- Bibliotheken müssen neue Aufgaben annehmen
  - Wissens-/Informationsverwaltung und –bereitstellung (Repositorien u.a.)
  - Dienste-Vermittlung und Beratung für die Bereiche Kommunikation und Publizieren
- Kooperationen von Universitäten, Forschungseinrichtungen mit Verlagen für alle neue Formen von digitalen Publikationen (insbesondere mittelständische Verlage, alle Disziplinen, ggf. im parallelen print / elektronisch oder komplementären print + elektronisch – Verfahren)
- Umstieg auf eine umfassende, arbeitsteilige Entwicklung von Diensten
- Aufnahme externer, auch nicht bibliotheksseitiger Dienste - Entwicklungen in das Dienste-Angebot von Bibliotheken



- Bibliotheken beobachten und evaluieren die Dienste anderer externer Dienste-Anbieter für den Einsatz in Informationsdiensten, z.B. wissenschaftliche Suchmaschinen kommerzieller Anbieter
- Bereitstellung der durch Bibliotheken angebotenen Informationsdienste als Module für den flexiblen Einsatz auch außerhalb des Dienste-Angebots von Bibliotheken, in wissenschaftlichen Arbeitsumgebungen und auf individuellen Desktops
- Sicherung eines verlässlichen und dauerhaften Dienste-Angebots vor Ort
- Langer Atem notwendig, Durststrecken, Rück- oder Fehlschläge einkalkulieren und durchhalten

Und ganz zum Schluss: Open Access ist **KEIN** Bibliotheksproblem

Zur Neuausrichtung des Informations- und Publikationssystems der deutschen Hochschulen - Empfehlung des 198. Plenums der HRK vom 05.11.2002 - Stellungnahme der Arbeitsgruppe Bibliotheken der KMK vom 04.12.2003

In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, 51. Jahrgang , Heft 2, 2004, S. 97-104.

Als elektronische Publikation unter:

<http://www.bibliotheksverband.de/s4/KMK041203.pdf> und  
[http://www.uni-bielefeld.de/ub/wp/docs/AG\\_Bibliotheken\\_Stellungnahme\\_HRK\\_04\\_12\\_2003.pdf](http://www.uni-bielefeld.de/ub/wp/docs/AG_Bibliotheken_Stellungnahme_HRK_04_12_2003.pdf)

„Zur Neuausrichtung des Informations- und Publikationssystems der deutschen Hochschulen“ Empfehlungen des 198. Plenums der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) vom 5. November 2002

Als elektronische Publikation unter:

[http://www.hrk.de/downloads/Empfehlung\\_Bibliothek.pdf](http://www.hrk.de/downloads/Empfehlung_Bibliothek.pdf)

Göttinger Erklärung zum Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft vom 5. Juli 2004, Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft"

Als elektronische Publikation unter:

<http://www.urheberrechtsbuendnis.de/index.html>

Berliner Erklärung über offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen vom 22. Oktober 2003

Als elektronische Publikation unter:

[http://www.zim.mpg.de/openaccess-berlin/BerlinDeclaration\\_dt.pdf](http://www.zim.mpg.de/openaccess-berlin/BerlinDeclaration_dt.pdf)